

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Postfach 3880, 55028 Mainz

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Europa und Eine Welt
Herrn Patrick Kunz, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz



**BEVOLLMÄCHTIGTE
DES LANDES BEIM BUND
UND FÜR EUROPA
UND MEDIEN**

**Staatssekretärin
Heike Raab**

E-Mail: vz.raab@stk.rlp.de

Mai 2023

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Bénédicte Charbonnier benedicte.charbonnier@stk.rlp.de	06131 / 16 - 4732

14. und 16. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 2. Februar und 13. April 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

gemäß Beschlussprotokoll über die 14. Sitzung des Ausschusses am 2. Februar 2023 lasse ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses zu Vorlage 18/3134 (*TOP 7: New European Bauhaus*) den schriftlichen Bericht, sowie den Sprechvermerk zu den Vorlagen 18-3186 (*TOP 10: 60 Jahre Elysée-Vertrag*) und 18-3196 (*TOP 11: Programmatische Ausrichtung der rheinland-pfälzisch-französischen Beziehungen für 2023*) zukommen.

Im Nachgang zur 16. Ausschusssitzung am 13. April 2023 lasse ich Ihnen und den Mitgliedern des Ausschusses zu Vorlage 18/3570 (*TOP 7: Kommunale Partnerschaften*) den Sprechvermerk, sowie den schriftlichen Bericht zu Vorlage 18-3626 (*TOP 11: Sachstand NATO-Beitritt Schweden*) zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Heike Raab

1/1

Dienstszitz Mainz:
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz
Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

Telefon 06131 / 164100
Telefax 06131 / 164107

Dienstszitz Berlin:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
In den Ministergärten 6
10117 Berlin

Achtung: Neue Telefonnummer
Telefon 030 / 3743461100
Telefax 030 / 3743461200

Dienstszitz Brüssel:
Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz
60, Avenue de Tervueren
1040 Brussels | Belgium

Telefon 0032 / 27369729
Telefax 0032 / 27901333

16. Sitzung des Ausschusses für Europa und Eine Welt am 13. April 2023

TOP 11: Sachstand NATO-Beitritt Schweden

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion FREIE WÄHLER

Vorlage 18-3626

Schriftlicher Bericht

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat nicht nur das Leben vieler Menschen innerhalb und außerhalb der Ukraine verändert, sondern führt auch zu weitreichenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Implikationen in Europa und im euro-atlantischen Raum.

Vor diesem Hintergrund hat Schweden seine bisherige Neutralität aufgegeben und im Mai 2022 gemeinsam mit Finnland die Mitgliedschaft in der NATO [*North Atlantic Treaty Organisation*] beantragt. Beim NATO-Gipfel im Juni 2022 in Madrid wurden die beiden skandinavischen Staaten, entsprechend dem Aufnahmeverfahren der NATO, offiziell in die NATO eingeladen; im Juli 2022 unterzeichneten die Botschafter der NATO-Staaten die Beitrittsprotokolle für Schweden und Finnland. Im Anschluss daran begann der Ratifizierungsprozess, der in jedem einzelnen NATO-Staat vollzogen werden muss. Auch Deutschland hat dem Beitritt zugestimmt: Am 8. Juli 2022 stimmten sowohl Bundestag als auch Bundesrat – und damit auch die Länder – dem Beitritt von Finnland und Schweden in die NATO zu. Damit hat Deutschland in Rekordzeit- nur zwei Wochen nach Unterzeichnung der Beitrittsprotokolle- sowohl den Finnischen als auch den schwedischen Beitritt ratifiziert und die Annahmeprotokolle am 20.07.2022 in Washington D.C. beim Verwahrer des Nordatlantikvertrags hinterlegt.

Für Finnland wurde der Beitrittsprozess kürzlich abgeschlossen: Das Land konnte der Nordatlantischen Allianz am 4. April 2023, dem 74. Gründungstag der NATO, als 31. Mitgliedstaat beitreten.

Schweden ist noch auf dem Weg NATO-Mitglied zu werden. Voraussetzung dafür ist die noch ausstehende Ratifizierung des Beitrittsprotokolls in der Türkei und in Ungarn. Der schwedische Botschafter in Deutschland, Per Thöresson, der den Ausschuss am 9. März besuchte, streifte das Thema auch in seinen Ausführungen.

Beide besagte Länder zögern die Ratifizierung aus unterschiedlichen Gründen heraus: Ungarn fühlt sich durch schwedische Aussagen zu Rechtsstaatlichkeit und Korruption zu Unrecht kritisiert, während die Türkei bemängelt, dass Schweden aus türkischer Sicht nicht wirksam genug gegen Gruppen und Personen [z.B. die *kurdische Arbeiterpartei PKK*] vorgehe, die sie als sog. „Terrororganisationen“ einstuft. Schweden selbst und die NATO weisen dies zurück. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg geht davon aus, dass der türkische Präsident Erdoğan seine Blockade nach den Präsidentschaftswahlen im Mai dieses Jahres aufgeben wird und Schweden im Sommer der NATO beitreten kann.

Den Beitritt Schwedens (und Finnlands) unterstützen Bundes- und Landesregierung. Denn Schweden ist ein enger Partner und Freund Deutschlands, sowohl was die bilateralen Beziehungen angeht als auch die Zusammenarbeit in der Europäischen Union [Schweden hat gerade die EU-Ratspräsidentschaft inne] und im internationalen Kontext. So arbeitet Schweden (wie auch Finnland) seit 1994 im Rahmen des NATO-Programms „Partnerschaft für den Frieden“ sowie seit 1997 im Rahmen des „Euro-Atlantischen Partnerschaftsrats“ mit dem Bündnis zusammen und unterstützte und unterstützt NATO-geführte Missionen im Kosovo, in Afghanistan und im Irak. Aus Sicht der Bundesregierung - und dieser schließt sich Rheinland-Pfalz an - ist der beabsichtigte NATO-Beitritt Schwedens ein großer Gewinn für die Sicherheit Europas. Gleiches gilt für den Beitritt Finnlands. Experten sehen Vorteile für das Verteidigungsbündnis, beispielsweise aufgrund zusätzlicher militärischer Kapazitäten wie moderner und schlagkräftiger Streitkräfte, besseren Überwachungsmöglichkeiten der NATO auf See und in der Luft oder mehr Austausch geheimdienstlicher Informationen. Die NATO-Norderweiterung ist eine Stärkung der Friedensordnung und der Sicherheitsarchitektur in Europa.

Deutschland setzt sich intensiv dafür ein, dass der Beitritt von Schweden schnell und zügig gelingt. Das hatte Bundeskanzler Scholz beim Besuch des schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson in Berlin Mitte März 2023 unterstrichen - und das unterstützen auch Rheinland-Pfalz.

Hintergrundinformation: NATO-Mitglieder und Beitrittsjahr:

Die 31 Mitgliedstaaten der NATO sind: Albanien (Beitritt 2009), Belgien (1949), Bulgarien (2004), Dänemark (1949), Deutschland (1955), Estland (2004), Finnland (2023), Frankreich (1949), Griechenland (1952), Großbritannien (1949), Italien (1949), Island (1949), Kanada (1949), Kroatien (2009), Lettland (2004), Litauen (2004), Luxemburg (1949), Montenegro (2017), Niederlande (1949), Nordmazedonien (2020), Norwegen (1949), Polen (1999), Portugal (1949), Rumänien (2004), Slowakei (2004), Slowenien (2004), Spanien (1982), Tschechien (1999), Türkei (1952), Ungarn (1999), USA (1949).